



Programm 2020

WIR SIND SO:

— FÜR ERKRATH —
AM 13.9. **BMU WÄHLEN**

Bürger mit Umweltverantwortung



Wir alle leben in Erkrath und kennen die echten Bedürfnisse unserer Stadt und unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. sowiedu-bmu.de



Bürger mit Umweltverantwortung – Unabhängige Wählergemeinschaft Erkrath e.V.

Programm 2020



Inhaltsverzeichnis

Vorwort		2
konsequent	Wer sind wir?	2
	Konsequent nachhaltig	3
solide	Finanzen (Städtischer Haushalt, Steuern, Investitionen, Förderprogramme, freiwillige Haushaltssicherung, ...)	5
zukunftsfähig	Umwelt- und Klimaschutz (Klimaschutzkonzept, Energie, Verkehr, Kompromiss Neanderhöhe, Artensterben, ...)	10
strategisch	Stadtentwicklung (Städtebauförderung, Digitalisierung, Breitband, Fernwärme, Infrastruktur, Stadtentwicklungskonzept 2030, ...)	16
gerecht	Soziales und Bildung (Schulen, Familienfreundlichkeit, Jugend Senioren, Kultur, Sport, Integration, Ehrenamt, ...)	18
Schlusswort		23

Vorwort

Die Erarbeitung und Verabschiedung dieses Programmes erfolgt in der dramatischen und einschneidenden Zeit der Corona-Pandemie, welche unsere Gesellschaft auch in Erkrath massiv einschränkt und in Atem hält.

Trotz und gerade angesichts dieser Krise blicken wir in die Zukunft und überlegen, was für Erkrath in den nächsten Jahren wichtig sein muss.

Nur eines ist im Sommer 2020 sicher: Fast nichts ist sicher!

Und geht es weiter, wie in den letzten Jahren, wird sich der Niedergang der Erkrather Finanzen fortsetzen und die Bürgerschaft das teuer zu bezahlen haben.

Also sind Wachsamkeit, eine ruhige Hand ohne Panikreaktionen, Fähigkeit zur Selbstkritik und ein Blick für das Pragmatische ohne Ideologie während und nach der Krise geboten.

Es kann nicht weitergehen wie bisher, die Zeiten der Versprechungen und des immer schnelleren Wachstums des Stellenplanes sind vorbei.

Was bedeutet das für Erkrath? Wie müssen wir in Erkrath reagieren?

Wie gestalten wir die Zeit der Krise, wie bereiten wir die Zeit danach vor?

konsequent

Wer sind wir?

Wir sind BmU – *sowiedu*. Wir sind Bürgerinnen und Bürger mit Umweltverantwortung.

Uns gibt es nur in Erkrath. Wir sind keine Partei. Wir sind eine unabhängige Wählergemeinschaft. Wir sind ein Team.

Wir sind offen, dialogfähig, konstruktiv, transparent. Wir entscheiden demokratisch, gerne auch pragmatisch, ohne Polarisierung. Wir suchen den Kompromiss. Wir können Erkrath.

Wir legen, wo nötig, auch den Finger in die Wunde. Auch wenn es weh tut. So wie hier.

Erkraths Zukunft ist der Horizont auf den wir blicken, der unser Maßstab ist und den wir mitgestalten wollen. Erkrath ist unsere Herzensangelegenheit.

Die BmU e.V. ist eine Vereinigung Erkrather Bürgerinnen und Bürger, welche die Kommunalpolitik nicht allein den Parteien überlässt. Wir tragen seit 1988 Verantwortung für Erkrath, indem wir Perspektiven für Erkrath entwickeln und in den Stadtrat tragen (z.B. wie das Stadtentwicklungskonzept, die Aktion für Gerechte Fernwärmepreise, den Glasfaserausbau, den Erhalt der Grundschule Düsselstraße, das Ratsinformationssystem, Initiativen zur Korruptionsvorbeugung, usw.).

Wir sind ausschließlich Erkrath verpflichtet, keiner Partei, keiner von außen aufgedrückten Linie oder Ideologie, welche unnötigen Streit ins Rathaus trägt.

Wir sind Erkratherinnen und Erkrather - *sowiedu*.

Bei uns zählt das Team. Meinungsbildung und Positionsbestimmung erfolgen in offener Diskussion.

Transparenz und Offenheit sind unser Merkmal. Wir lehnen Mauseheien hinter verschlossenen Türen mit anderen Fraktionen oder der Verwaltung, wie es oft in Erkrath versucht wird, ab. Außer in krisenhaften Situationen (z.B. Flüchtlingskrise, Corona-Krise), bei denen man sich mal rasch außerhalb der Einladungsfristen verständigen muss, bildet die Gemeindeordnung mit der Arbeit in den Ausschüssen und im Stadtrat den für uns verbindlichen, da transparenten Rahmen der Zusammenarbeit ab.

Weiterführende Informationen:

<https://www.bmu-erkrath.de/wir-ueber-uns/wir-ueber-uns.html>

Konsequent nachhaltig

Da lassen wir uns nichts vormachen.

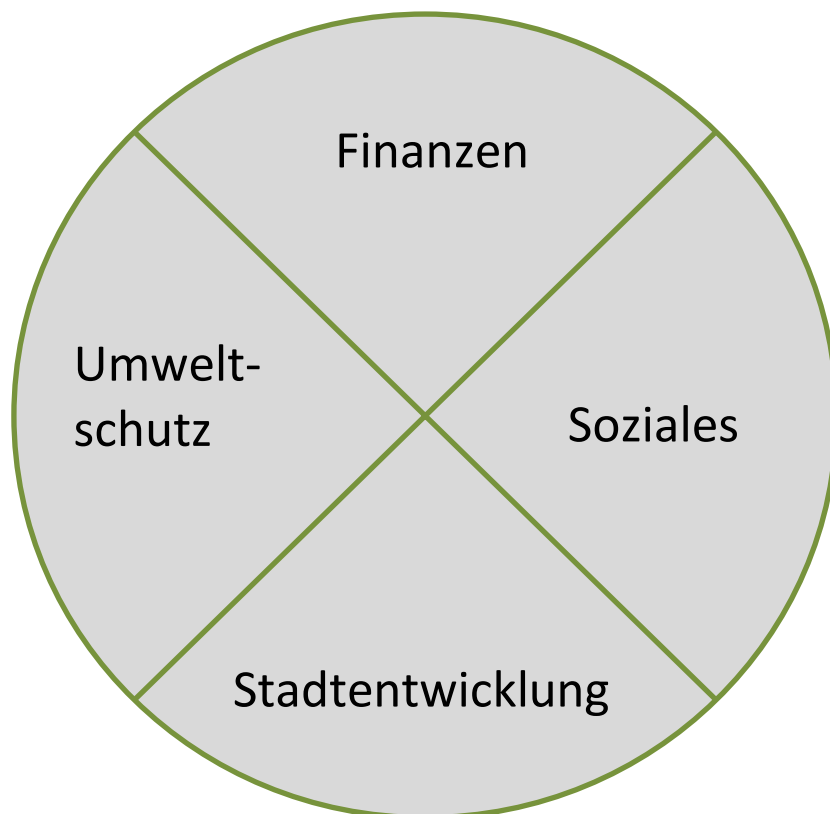
Niemand hat bisher eine so vielschichtige nachhaltige Politik im Rathaus vertreten wie wir. Dazu suchen wir Bündnispartner, mit denen wir in der Sache kooperieren können. Wir können auch Kompromisse eingehen, wenn es der Sache dient.

Klimaschutz ist nicht nachhaltig, wenn ihn die Bürgerinnen und Bürger über die Gebühren und Steueraufkommen nicht mehr bezahlen können. Aber ohne Klimaschutz berauben wir uns aller Grundlagen.

Auch Steuergeschenke an die Bürgerinnen und Bürger sind nicht nachhaltig, wenn sie unseren Beitrag zum Natur- und Artenschutz unfinanzierbar machen. Natur- und Artenschutz ist nicht nachhaltig, wenn er schuldenfinanziert ist, denn auch Kredite – wofür auch immer – basieren auf Wertschöpfungen Dritter, welche unter Umweltverbrauch erwirtschaftet wurden.

Erkrath wirtschaftet nicht nachhaltig,

wenn z.B. unsere Stadt weiterhin wie in den letzten Jahren in einem seit Kriegsende nie dagewesenen, dramatischen Tempo ihr Vermögen verzehrt, die Verwaltung selbst in der Krise eine ungebremste Stellenbesetzungspolitik betreibt. Trotz Rekordeinnahmen verbraucht sie das von den Nachkriegsgenerationen aufgebaute Vermögen, anstatt es treuhänderisch zu verwalten und an nachwachsende Generationen weiterzugeben.



Alle vier Felder der Nachhaltigkeit sind gleichrangig und daher konsequent gemeinsam in den Blick zu nehmen. Die Reihenfolge in diesem Programm stellt daher keine Priorisierung dar.

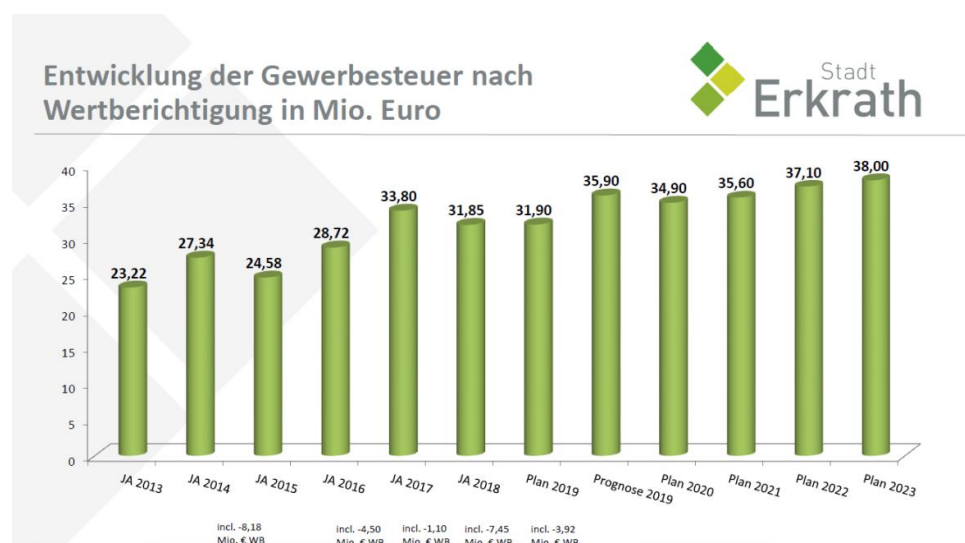
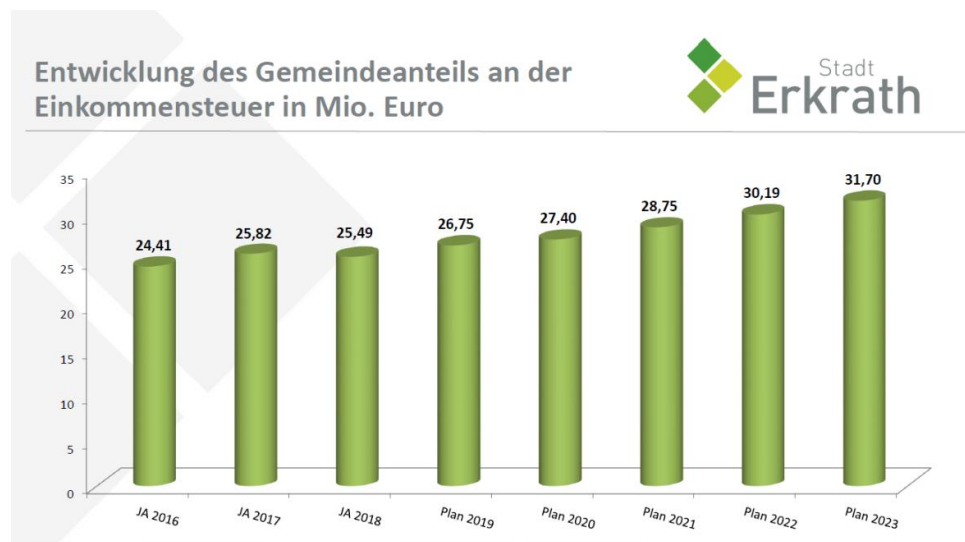
solide

Finanzen

„Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“. Dieser Spruch über dem Eingang des Rathauses ist nur in Stein gemeißelt, in den Haushaltsplänen Erkraths leider ohne Konsequenz.

Dem stellt die BmU ihr Finanzkonzept gegenüber. Es steht auf drei Säulen:

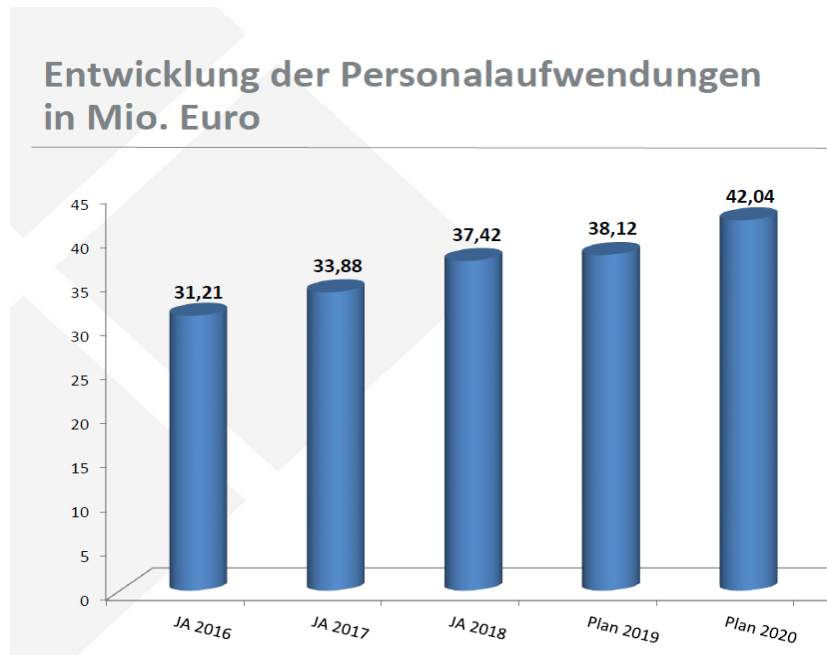
1. **Sparen, Aufgabenkritik, zurückhaltende, angemessene Personalentwicklung.**
2. **Externe Fördermöglichkeiten erkennen und erschließen.**
3. **Steuern und Gebühren generationengerecht gestalten, Gewerbesteuereinnahmen mehren.**



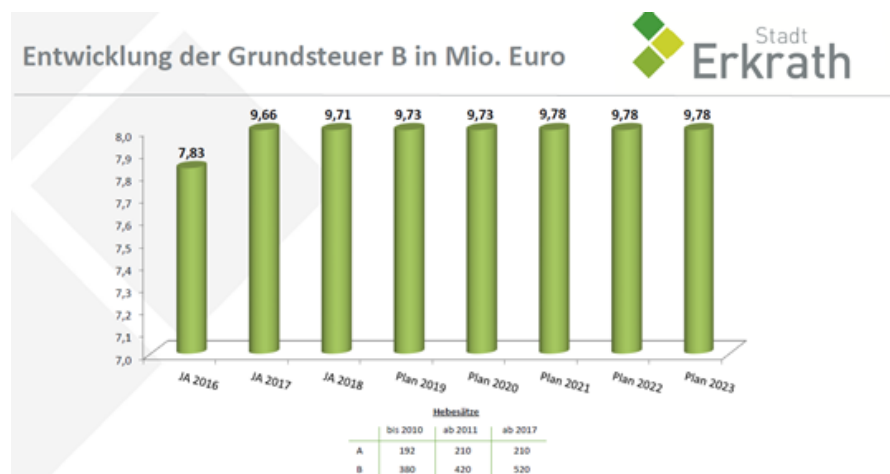
Trotz sehr hoher Steuereinnahmen kam die Stadt schon vor der Krise mit dem Geld nicht aus. Die Risiken (z.B. indirekte Abhängigkeit von Monheims Steuerdumping) waren bekannt.

Jetzt trifft die Corona-Krise Erkrath finanziell unvorbereitet.

Erkrath schafft es seit 12 Jahren nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Mit jeder Haushaltsberatung steigt das Defizit. Wie auch die Kommunalaufsicht bereits feststellte, braucht Erkrath **ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept**, ein Sparkonzept. Wir haben das seit Jahren immer wieder gefordert und 2016 und 2020 im Rat beantragt. Keine der anderen Fraktionen hat zugestimmt. Selbst der Kämmerer ist dagegen. Diese Ablehnung ist nicht nachvollziehbar, wenn man sieht, wie die Ausgaben gleichzeitig steigen:



Erkrath wäre heute schon pleite (= Haushaltssicherung), wenn sich die CDU durchgesetzt und die notwendigen Steuererhöhungen verhindert hätte. Ohne die Erhöhung der Grundsteuer 2011 und 2017 wäre das Vermögen um zusätzliche 25 Millionen € geringer. Durch den Einfluss der BmU blieb die Höhe der Grundsteuererhöhungen allerdings hinter den Forderungen der SPD und des Bürgermeisters zurück.



"Wer Steuern erhöht, schadet der Verlässlichkeit und der Attraktivität der Stadt" – so Bürgermeister Schultz vor der Wahl. Nach der Wahl trat er dann für noch stärkere Erhöhungen ein, welche die BmU als „Zünglein an der Waage“ aber nicht zuließ.

Die zweite Säule der Finanzpolitik der BmU ist die **Gewinnung von Fördergeldern**.

Voraussetzung war das von der BmU initiierte und gegen alle Widerstände beharrlich durchgesetzte **Stadtentwicklungskonzept**. Auf dieser Voraussetzung aufbauend, konnte das **Programm Soziale Stadt** politisch in hartem Kampf gegen Bürgermeister, Verwaltungsvorstand, Kämmerer und CDU durchgesetzt werden.

So bekommen wir trotz Krise z.B. eine Förderung in Höhe von 60% u.a. für die Entschlammung des Stadtweiher, für den neuen Spielplatz am Stadtweiher, eine Calisthenics-Anlage und das Forum Sandheide. Dafür stehen, neben weiteren Maßnahmen des Projektes Soziale Stadt, zwei Millionen Euro Fremdmittel für Erkrath zur Verfügung.

Wir haben darüber hinaus einen sehr **hohen Investitionsbedarf** bei den öffentlichen Gebäuden, Straßen, Brücken und vor allem bei den Fahrrad- und Fußwegen. Während die Zustände bei den Fahrradwegen anerkannte Mindeststandards bis an den Rand der Verkehrssicherheit unterbieten, müssen wir bei den Neubauplänen von Straßen – auch wegen der hohen Beteiligung der Anlieger an den **Erschließungskosten**, die Standards künftig auf das Zweckmäßige beschränken.

Dass Bürgermeister und Kämmerer einem Neubau des Rathauses das Wort reden, ist wieder einer der „großen Würfe“ unserer Stadtspitze, bei der man nie so genau weiß, wo er landet. Derzeit ist nicht abzusehen, ob dies zu einer signifikanten Effizienzsteigerung führen würde, welche die immensen Kosten dieses Neubauprojektes rechtfertigt.

Der Verlust des Gewerbegebietes Wimmersberg wird im Hinblick auf die in Erkrath zur Verfügung stehende Gewerbefläche nur zum kleineren Teil durch die Planung an der Neanderhöhe kompensiert.

Für die Neanderhöhe als letzter **Gewerbefläche** von Bedeutung ist die Konsequenz, dass es nur an besonders gewerbesteuerträchtige Unternehmen, die zu dem vorhandenen Gewerbeansatz in Erkrath passen, verpachtet oder verkauft werden darf. Verwaltung und CDU hatten dort sogar die Bebauung einer doppelt so großen Fläche angestrebt. Gewerbesteuermaßstab, ökologischer Maßstab und städtebaulicher Maßstab für das Premiumgebiet Neanderhöhe ist ein besonders erfolgreiches Unternehmen an der Neanderhöhe, deren Ansiedlung die BmU seinerzeit erfolgreich gefördert hat. Zudem müssen aber auch kleinere Gewerbeflächen, die -wie z.B. in Unterfeldhaus- aktuell nicht oder kaum genutzt werden, wiederbelebt werden.

Der **Feuerwehrbereich** in Erkrath zeigt eine besondere, auch finanzpolitische Dynamik. Auf Initiative der BmU ging die Gründung des Feuerwehrausschusses des Rates zurück. Mit der Errichtung des Gerätehauses in Alt-Erkrath an der Kreuzstraße hat die BmU dort ihr Ziel erreicht. Die Wankelmütigkeit einiger Parteien im Hinblick auf den Standort in dieser

Frage hat die Realisierung unnötig verzögert. Die Koalition aus CDU und BmU - der Erkrath das Stadtentwicklungskonzept verdankt - ist genau aus Anlass dieser Frage zerbrochen. Der Standort für die **Feuerwehr- und Rettungshauptwache** wurde schlecht gewählt. Es entstehen unnötig hohe Kosten, und ein wertvolles Biotop wird zerstört. Die BmU hatte sich für einen Neubau am alten Standort mit zeitweiser Verlegung der Einsatzkräfte auf andere Gebäude bzw. Flächen ausgesprochen, der in Gutachten auch als gut möglich beschrieben worden war. Inzwischen ist aber der „Point of no return“ überschritten. Eine Rückabwicklung dieser Fehlentscheidung von CDU und SPD würde eine massive Einschränkung der Sicherheit Erkraths bedeuten, welche unsere Feuerwehr zu gewährleisten hat. Die BmU wird die weitere Entwicklung kritisch aber konstruktiv begleiten.

Insbesondere wegen der massiven Kostensteigerungen im Hochbau sollte der Rat dem seit Langem vorliegenden Vorschlag der BmU folgen und einen **Bauausschuss** mit auch externen Fachleuten ins Leben rufen. Um die Projekte zügig umzusetzen, sollten auch mehr externe Vergaben überdacht werden.

Der **Stellenplan** der Stadt ist in den letzten Jahren geradezu explodiert. Einige Stellen davon waren direkt nachvollziehbar und auch von der BmU so gefordert. Auf unsere Initiative ging die Übernahme der Straßenreinigung in städtische Regie zurück, wir beantragten die Stärkung des Ordnungsdienstes. Andere Mehrausgaben wie Feuerwehr, Reinigungsdienst sind zwangsläufig und sinnvoll. Die Entwicklung des Stellenplans wird aber zu wenig von Aufgabenkritik und professionell begleiteter, aktueller Organisationsuntersuchung mit Aufgabenverlagerung begleitet. Die kostspielige Installation eines weiteren (dritten!) Beigeordneten hat ebenfalls die Kritik der BmU gefunden. Das Geld fehlt nun an anderer Stelle.

Die Krise wird zeigen, wie sich der Einbruch der Monheimer Gewerbesteuer in ihrer Steueroase massiv auf die **Kreisumlage** Erkraths auswirken wird. Mit Leverkusen ist eine weitere Steueroase als Konkurrent z.B. um Investoren auf der Neanderhöhe hinzugetreten.

Seit langem regt die BmU an, die vertikale und horizontale Vernetzung der ortsansässigen Gewerbetreibenden durch Clusterbildung zu verstärken. Das vorhandene Gewerbe soll Einfluss nehmen, welches neue Unternehmen zu ihnen passt. In dieser **Vernetzung der Gewerbetreibenden und der Grundstücksinvestoren** liegt unsere Chance. Die Konkurrenz ist bei Gewerbestandorten sehr groß und so muss sich Erkrath als Standortgemeinschaft konkurrenzstärker erweisen.

Die Wirtschaftsförderung muss sich neben der Identität schaffenden Wirkung auf das Erkrather Gewerbe und der Erarbeitung von Konzepten zusammen mit der örtlichen Wirtschaft auch wieder den **Stadtteilzentren** widmen, das Einzelhandelskonzept von 2008 muss fortgeschrieben werden. Die Angebotsvielfalt hat in den Einkaufszentren stark gelitten. Diese gehört aber im Wettbewerb um leistungsstarke junge Familien dazu.

Wie hält es die BmU mit den künftigen **Steuererhöhungen**?

Nie wurden die Erkratherinnen und Erkrather bei den letzten Wahlen so belogen, wie in der Frage der Steuererhöhungen und der Schuldenrückführung.

Wir sehen fiskalisch seit 12 Jahren – immer unter Führung der CDU - einen kontinuierlichen Niedergang des Erkrather Vermögens trotz Rekordeinnahmen. Es ist eine Frage der Zinsentwicklung und der Rettungsmaßnahmen von außen, wie schnell wir das restliche Bilanzvermögen verbraucht haben und fiskalisch am Ende sind.

Die Investitionen bleiben hinter dem Vermögensverbrauch insgesamt zurück.

1. Eine generationengerechte, nennenswerte Rückführung der Schulden wird innerhalb der nächsten fünf Jahre aus eigener Kraft nicht möglich sein.
2. Die Reform der Grundsteuer wird Belastungsverschiebungen zwischen den verschiedenen Steuerzahlern zur Folge haben. Eine an der Leistungsfähigkeit der Einkommensentwicklung und der Inflation angepasste Erhöhung kann die BmU nicht ausschließen. Für Abenteuer wie Rathausneubau, Hallenbaderweiterung, Gesamtschulerrichtung werden wir ohne solide Gegenfinanzierung keiner Steuererhöhung zustimmen. Steuererhöhungen für Bildung, Feuerwehr, Infrastruktur sind möglicherweise notwendig.
3. Eine Gemeinde nach der anderen hat in den letzten Jahren die Gewerbesteuer gesenkt. In diesem Wettbewerb kann Erkrath nicht mitmachen, dazu fehlt jegliche Substanz. Erkrath muss aber dem vorhandenen Gewerbe ein verlässlicher Partner sein. Weitere Steuererhöhungen sind möglichst zu vermeiden.
Die Steigerungen der Gebühren waren in den letzten Jahren zum Teil extrem. Die kostenrechnenden Einrichtungen müssen dem Gebot der Sparsamkeit gerechter werden.

CDU und Bürgermeister Schultz erneuern Erkrath auf Pump - mit sogenannten **investiven Schulden**. Die neue Feuerwache, das neue Feuerwehrgerätehaus, die Neubauten des Campus Sandheide (Grundschule und Förderschule) und des Gymnasiums am Neandertal, sowie die neuen Kitas verschlingen zusammen weit mehr als 150 Millionen Euro. Solche Schulden wirken sich erst mit einer Verzögerung - nach der Wahl - über sogenannte Abschreibungen auf den Haushalt der Stadt aus. Die BmU hat ausgerechnet, dass hierfür zukünftig mehr als 2 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stehen müssen. Wie so etwas enden kann, zeigt das Beispiel von Siegburg, welches eine ähnliche Strategie verfolgte. Nach der Neubauoffensive folgte das böse Erwachen. Zur Finanzierung der Abschreibungen musste Siegburg die Grundsteuer B sprunghaft erhöhen – von 460 auf 790 Prozentpunkte. Um den Bürgern von Erkrath drakonische Steuererhöhungen nach der Wahl zu ersparen, setzt sich die BmU für die Teilbebauung der Neanderhöhe in Form eines Premiumgewerbegebiets. Nur so besteht eine Chance, das Schlimmste zu verhindern.

zukunftsfähig

Umwelt- und Klimaschutz

Umwelt- und Klimaschutz sind wesentlicher Teil der Nachhaltigkeitsstrategie. Das **Klimaschutzkonzept** der Stadt muss realistisch und bezahlbar vorgebracht werden. Wie bei der Corona-Krise geht es um das Überleben vieler Menschen und um Lebensqualität.

Angesichts des Klimawandels ist Klimaschutz als Teil des Umweltschutzes eine kommunale Querschnittsaufgabe.

Der Klimawandel wird mehr Menschenleben kosten und ein größeres Vermögen vernichten als die Corona Krise. Er darf nicht in eine Klimakatastrophe münden. Daher genießt dieses Thema ein besonderes Gewicht.

Grundlagenbeschlüsse und ein Klimaschutzkonzept liegen für Erkrath bereits vor, die finanziellen Möglichkeiten Erkraths entsprechen aber bei weitem nicht dem Ausmaß des Problems. Auch hier wird sich zeigen: Erkrath ist auf die Bekämpfung des Klimawandels nicht vorbereitet. Die Ausrufung des „Klimanotstandes“ für Erkrath ist alleine nur Symbolpolitik.

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden von uns unterstützt.

Dazu gehört die Anpflanzung von Bäumen und anderen CO₂-bindenden Strukturen, die Erhöhung der Mähzyklen. Die Vermeidung klimaschädlicher Motor- und Heiztechniken, die Bevorzugung regenerativer Energieerzeugungsformen.

Viele städtische Gebäude müssen auch aus energetischen Gründen saniert werden. Bei Neubauten sollte verstärkt eine Holzbauweise im Blick sein, da Holz im Vergleich zu Beton klimafreundlicher ist. Die bisherigen Planungen des Neubaus der (abgebrannten) Kita in Kempen und der Kita Karlstraße sind gelungene Beispiele.

Klimaschutz muss vernünftig und realistisch angegangen werden. Die BmU befürwortet, dass bei **Neubauvorhaben auf eine weitestgehend klimaneutrale Umsetzung** geachtet wird. Forderungen der Grünen nach einem grundsätzlichen klimaneutralen Standard bei den Neubauten von Kitas, Schulen oder Feuerwehr-/ Rettungswache sind – gerade aufgrund der Nutzungsbedingungen (bei der Feuerwehr stehen nun mal die Tore oft und lange offen) – unrealistisch, kostentreibend und verzögern die Umsetzung der Projekte.

Klimaneutrales Bauen ist aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll, die anfangs höheren Investitionen rechnen sich für Bauherr und Mieter auf Dauer. Beispiele hierfür sind Leuchtturm-Projekte wie das Eisenbahnviertel Heidelberg oder die Planungen in Freiburg-Dietenbach oder Berlin-Neulichterfelde. Bisher unterstützen nur Grüne und BmU solche Forderungen für das Klimaschutzkonzept in Erkrath.

Durch effizienten Einsatz von Wärme, Strom, Straßenbeleuchtung und Wasser können Energiekosten reduziert und Beiträge zum Klimaschutz geleistet werden.

Die Bevorzugung regionaler Produkte, Förderung von Mehrwegsystemen sowie Klimaschutzprojekte in Bildungseinrichtungen können unterstützend wirken. Die BmU hatte vor über 10 Jahren das fifty/fifty Modell beantragt, man sollte überlegen, dieses Modell für die Schulen zu wiederholen.

Ein durchschlagender Erfolg wäre die Decarbonisierung der Fernwärme durch Tiefengeothermie.

Aber auch **Maßnahmen zur Klimaanpassung** müssen ergriffen werden.

Fassaden- und Dachbegrünung, Entsiegelung von Flächen, Vermeidung spiegelnder Fassaden, Verwendung von Ökopflaster, Verwendung von katalytisch wirkenden Oberflächen gegen Stickoxide, Schaffung von natürlichen Wasserspeichern, Anpflanzung klimaangepasster Bäume, Konzepte zur Vermeidung von Überschwemmungen bei Starkregenereignissen, Ausstattung der Feuerwehren für die zunehmende Schwere und Häufigkeit von Sturmereignissen, Milderung der Folgen von Hitzeinseln in dichter bebauten Gebieten, Hitzemanagement für die Vegetation. Gesunde Straßenbäume sind für die Kühlung der Städte durch deren kombinierte Wirkung aus Verdunstungsleistung und Schattenwurf von besonderer Bedeutung, da sie der Aufheizung entgegenwirken. Verhinderung des Austrocknens der Oberflächengewässer und damit der Zerstörung der Ökosysteme dort. Wasser muss zunehmend im Einzugsgebiet verbleiben statt es abzuführen. Die Bevorzugung der Nutzung oder Speicherung von Regenwasser vor der Ableitungspflicht muss bei den kommunalen Satzungen Berücksichtigung finden. Das innerstädtische Grün muss als Klimaanpassung dafür sorgen, dass der Siedlungsraum durchlüftet bleibt. Die Forderung nach weiterer Verdichtung der Bebauung gehört jeweils kritisch abgewägt.

Wir brauchen zur Rettung unserer Grünflächen auch eine Neubelebung des Patensystems für Grünflächen und Bäume. Flora und Fauna benötigen immer mehr unsere Aufmerksamkeit. So spricht sich die BmU dafür aus, dass Bäume nachgepflanzt werden und Flächen im Sinne des Stadtbildes und des Klimaschutzes aufgeforstet werden. Dabei ist auf Bäume zu achten, welche auch Trockenperioden gut aushalten können, zu diesen so genannten **Zukunftsbäumen** gehören u.a.: Baumhasel, Baummagnolie, Blumenesche, Buche, Edelkastanie, Eiche, Feldahorn, Ginkgo, Hainbuche, Linde, Zierapfel bzw. Zierkirsche.

Gerade das Thema Insektensterben zeigt auf, dass wir auch im eigenen Interesse ein **Artensterben** verhindern müssen. Dazu hatte die BmU 2019 auch durchgesetzt, dass auf städtischen Verpachtungsflächen keine Insektizide oder Globalpestizide mehr eingesetzt werden dürfen und ein Blührandstreifen bleibt. Wir müssen Grünflächen ökologisch und gestalterisch aufwerten, z.B. durch Blühwiesen. Auch könnten mehr öffentliche Flächen und Dachflächen, u.a. von Bushaltestellen, entsprechend begrünt werden. An vielen Stellen sind Bürgerinnen und Bürger bereits mit Insektenhotels oder der Ausbringung von bienenfreundlichen Saaten aktiv geworden.

Auch Bürgerprojekte zu „Urban Farming“/ „Essbare Stadt“ werden von uns unterstützt.

Nutzpflanzen als Stadtgrün in den öffentlichen Raum integrieren: Obst- oder Nussbäume, Beerensträucher, Gemüsepflanzen oder Kräuter mitten in der Stadt bringen Belebung.

Die Ausweisung eines **Gewerbegebietes auf einer Teilfläche der Neanderhöhe** ist für die Stadt insgesamt notwendig, die Erarbeitung dieses Kompromisses war richtig. Das zeigt auch die Auseinandersetzung mit den Argumenten der Grünen. Sie zeigen keine Alternative für eine finanziell nachhaltige Entwicklung auf. Statt eines Sparprogramms (Haushaltssicherungskonzept) fordern sie in erheblichem Umfang Mehrausgaben. Schulden bedeuten aber einen erheblichen Umweltverbrauch, denn das Geld für Zinslast und Tilgung muss erwirtschaftet werden. Zum Teil auch vor den Toren anderer Leute, aber die Klimaauswirkungen treffen uns alle. Schulden sind demnach nicht klimaneutral.

Es wird nicht „die“ Neanderhöhe bebaut. Zum einen ist ein Teil der Fläche des Bebauungsplanes bereits mit Gewerbe bebaut, und zum anderen wird der nördliche Teil der Neanderhöhe - zum Teil mit Dauergrünland - nicht angetastet. Keine Hecken, keine Bäume, keine Wiesen werden in Anspruch genommen. Lediglich wenige Straßenbäume mussten der Erschließung weichen.

Zwischen Gewerbe und verbleibender Ackerfläche entsteht sogar ein Grünzug aus Hecken (6000 qm), der biologisch deutlich mehr bietet als der konventionell bewirtschaftete, ökologisch schädliche Acker. In den letzten Jahren zeigten wissenschaftliche Studien eindeutig die negativen Folgen derartig behandelter Flächen für die Arten in der gesamten Region und für das Klima. Zudem hat die BmU ein unter archäologischen Gesichtspunkten vorsichtigeres Vorgehen als das Vorgeschriebene und mehr ökologische Ausgleichsmaßnahmen durchgesetzt, da sie die Bodengüte und den „Landschaftsverbrauch“ höher gewichtet, als es die Verwaltung vorgeschlagen hat. Auch der Option der Vergabe über Erbbaurecht hat die BmU den Weg geebnet.

Die BmU hat die Problematik der Pestizidverwendung auf derartigen Äckern ins Rathaus getragen und verhindert, dass an der Neanderhöhe ein Bauschuttwischenlager entsteht. Sie hat die Missstände eines Autoverwertungsbetriebes dort genauso angeprangert wie die Baugenehmigung für eine Lackierkabine direkt neben dem Wohngebiet Neanderhöhe. In einigen dieser Fälle fehlte die Unterstützung z.B. auch der Grünen.

Auch die Ausbringung von stark mit Kunststoffmüll verunreinigtem Dünger hat die BmU schon vor Jahren dort dokumentiert und zu verhindern gesucht.

Hier wird ein Acker aus konventioneller Landwirtschaftsindustrie in ein Gewerbegebiet umgewandelt. Dieser Landwirtschaftstyp wird in wissenschaftlichen Untersuchungen als eine Ursache von Artensterben und Klimawandel benannt.

Die ökologischen Ausgleichsmaßnahmen stehen dem Verlust an Qualität des Landschaftsbildes gegenüber und übersteigen das gesetzlich geforderte Maß. Die BmU hat eine Abwägung vorgenommen, nach intensiver Auseinandersetzung mit den Argumenten aller Seiten.

Die BmU bleibt auch weiterhin dem Motto des Stadtentwicklungskonzeptes treu, das von ihr initiiert und maßgeblich durchgesetzt worden war, nämlich dem Grundsatz der **nachhaltigen Innenverdichtung und bei der Minimierung des Flächenverbrauchs im Außenbereich**, welcher nur mit ökologischen Ausgleichsmaßnahmen erfolgen darf, sofern Innenflächen nicht ausreichen. Der Landschaftsschutz, Naturschutz, die Biotop-Verbindungen und soziale Faktoren müssen berücksichtigt bleiben. So lehnt die BmU die aktuellen Planungen für eine Bebauung der „Hasenwiese“ in Millrath ab, da dadurch auch die kühlende Belüftung für das Quartier abgeschnitten würde.

An der Neanderhöhe entstehen so 3,4 ha Flächen für Gewerbeneuansiedlungen. Gleichzeitig hat aber eine Mehrheit aus CDU, SPD und den Grünen für eine Aufgabe des Gewerbegebietes **Wimmersberg** (7,6 ha) gestimmt. Auch verzichtet die bisherige Planung am Wimmersberg auf die Entlastungsstraße zwischen Hochdahler Straße und Schlüterstraße, welche einerseits den Verkehr in Richtung Kreuzstraße und Düsseldorfer Straße entlasten und andererseits täglich 3764 gefahrene Kilometer und entsprechende Abgase (165 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr) sowie Lärm und Staus einsparen würde.

Die BmU setzt sich für eine ausgewogene Umsetzung der **Verkehrswende** ein, in der Fußgänger, Radfahrer und motorisierter Verkehr gleichermaßen berücksichtigt werden. Dabei gilt es auch die schwächeren Verkehrsteilnehmer, wie Kinder, Senioren, Menschen mit Handicap, besonders in den Blick zu nehmen. Auch die Absenkung der Bordsteinkanten muss noch an vielen Stellen erfolgen, gerade auch für Menschen mit Kinderwagen, Rollator und Rollstuhl.

Dazu muss das **Radverkehrskonzept** in Erkrath zügig umgesetzt und auch überarbeitet werden. An einigen Stellen hat die bisherige Umsetzung – z.B. die ersatzlose Entfernung der blauen Schilder - zu mehr Unklarheiten geführt, ob man nun auf dem (ehemaligen) Radweg fahren muss bzw. darf. Oder wie in der Schlüterstraße zu einer deutlichen Verschlechterung, dass dort die bergauf fahrenden Radler jetzt auf der Straße fahren müssen, und nicht mehr den bisher ausgewiesenen Radweg auf der linken Seite benutzen dürfen. Ein Schildbürgerstreich.

Das bestehende Radwegenetz muss dringend saniert und ausgebaut werden. Die Anbindungen an die Nachbarstädte müssen verbessert und mehr Abstellmöglichkeiten geschaffen werden, dazu gehören auch abschließbare Boxen insbesondere an den Übergängen zum öffentlichen Personennahverkehr.

Angesichts gestiegener Fahrgastzahlen ist das **Bus- und Bahnangebot** nicht mehr auf einem ausreichenden Stand. Die Zuverlässigkeit insbesondere der S-Bahn-Linie 8 ist katastrophal. Bei der S8 regt die BmU an, dass über den dafür zuständigen Kreis der VRR angehalten wird, die Verträge zu überprüfen und ggf. auch zu kündigen und neu zu verhandeln.

Zudem unterstützt die BmU die Bestrebungen, auf den Buslinien Wasserstoff- bzw. Elektrobusse einzusetzen und die Taktungen auf den Linien in Erkrath weiter zu verbessern, gerade in den frühen Abendstunden und an Wochenenden. Die BmU hat außerdem angeregt, im Bereich Kemperdick eine Haltestelle für den Schnellbus 50 Haan-Düsseldorf zu schaffen sowie eine Buslinie zum Friedhof am Neandertal zu verlängern. Auch sollte die Linie 734 in der

Hauptverkehrszeit häufiger nach Düsseldorf fahren, Erkrather könnten diese dann auch als Alternative zur S8 nutzen. Und sollten Bestrebungen, die Linie 786 über die obere Willbeck und den Haltepunkt Millrath zum Hochdahler Markt zu führen, nicht zum Erfolg führen, muss geprüft werden, ob auch in Hochdahl ein Bürgerbus-Angebot eingerichtet werden kann, um u.a. die obere Willbeck besser anzubinden.

Eine kostenlose Nutzung der Linien O5 und O6 ist sicher eine klimafreundliche Perspektive, um Fahrten mit dem PKW zu verringern, allerdings muss dies finanzierbar sein.

Der bestehende Autoverkehr sollte flüssiger gestaltet werden, z.B. durch intelligentere Ampelschaltungen und Kreisverkehre, allerdings unterliegen die meisten Kreuzungen in Erkrath der Entscheidung von Land (Straßen NRW) und Kreis.

Auch müssen die Aspekte des **Lärmschutzes** weiterhin im Blick bleiben.

Die BmU unterstützt einen vernünftigen Ausbau der **E-Mobilität**, hierzu ist in den nächsten Jahren im öffentlichen Raum und im Privaten der Ausbau der Lademöglichkeiten notwendig. Kritisch betrachtet sie die Entwicklung hin zu mehr Elektro-SUV, mit Kohlestrom betankt ist dies sicher nicht die Lösung.

Ein **Car-Sharing**-Angebot ist eine alte Forderung der BmU. Bisher hatte allerdings noch kein Anbieter Interesse, seine Fahrzeuge auch in Erkrath anzubieten, hier besteht Handlungsbedarf.

Insgesamt braucht Erkrath ein **Mobilitätskonzept wie und zusammen mit Düsseldorf**, damit die Erkrather Bürgerinnen und Bürger „voran“ kommen, in dem die Bedürfnisse von Fußgängern, Radfahrern und dem motorisierten Verkehr berücksichtigt werden.

Auch gilt es, die **Straßen sicherer** zu machen. Hier hat die BmU seit Jahren gerade auch die so genannten Spielstraßen im Blick. Dort, wie auch auf den anderen Straßen, muss mehr auf das Einhalten der Geschwindigkeitsbegrenzungen geachtet sowie das Halteverbot vor Schulen und Kitas durchgesetzt werden.

Die BmU fordert zudem ein LKW-Durchfahrtsverbot in Wohngebieten ohne überörtliche Verkehrsbeziehung.

Neben der Verkehrswende muss auch die **Energiewende** in Erkrath stattfinden. Der Umstieg auf regenerative Energiequellen und das Energiesparen muss u.a. durch Beratungsangebote stärker gefördert werden. 2019 konnte die BmU übrigens schon erreichen, dass Mini-Solar-Balkon-Anlagen- und Kleinwindanlagen vereinfacht angemeldet werden können. Dies sollte aus Sicht der BmU auch für größere private Anlagen deutlich erleichtert und finanziell gefördert werden. Der Vorschlag der CDU, Photovoltaik auf größeren Freiflächen zu installieren, sollte geprüft werden, die BmU sieht dies allerdings skeptisch und hat eher die vorhandenen Flächen auf unseren Häusern im Blick.

Wichtig ist auch, das **Fernwärmenetz** in Hochdahl nicht nur wegen der übersteuerten Preise, sondern auch aus Gründen einer nachhaltigen Wärmeversorgung neu zu gestalten. Zum einen muss man das innogy-Monopol beenden und die Fernwärmeversorgung für eine transparente

und faire Preisgestaltung neu ausschreiben. Aktuell baden die Fernwärme-Kunden aus, was uns die Politik der 60/70er-Jahre eingebracht hat. Zum anderen muss das Fernwärmenetz dann auch nachhaltig umgebaut werden. Ziel ist die Decarbonisierung der Fernwärmeversorgung. Auf jeden Fall ist eine Sanierung und verbesserte Wärmedämmung der Leitungen, sowie die Einbeziehung von regenerativen Energiequellen wie Solarthermie, Erdwärme, Kanalabwärme u.a. notwendig. Zu prüfen ist auch, inwieweit ein Umbau zu einem Niedrigtemperaturnetz und die (dezentrale) Verwendung von Wasserstoff, Brennstoffzellen und Mini-Blockheizkraftwerken sinnvoll sind.

Die Umstellung auf eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung ist ein Erfolgsmodell, ökologisch und finanziell, diese ist fertigzustellen.

Wir beklagen die zunehmende **Vermüllung** Erkraths. Der BmU ist ein **sauberes Stadtbild** wichtig, vor Jahren hatte sie eine Meldeplattform dazu eingerichtet. Dies hat nun die Stadt über die Beschwerdestelle übernommen. Neben der Durchsetzung von entsprechenden Bußgeldregelungen gehören weitere Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen auch in Verbindung mit dem örtlichen Einzelhandel umgesetzt. Wenn mehr Mehrweggefäße genutzt werden, dann können auch weniger Einwegprodukte weggeworfen werden.

Vorbildlich das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger am Dreck-weg-Tag, an dem auch die BmU regelmäßig aktiv ist. Oder die Initiative aus dem Kinderparlament, einen Aufräumtag der Schulen zu veranstalten. Wir sollten auch in der Kommunalpolitik einem Konzept Aufmerksamkeit schenken, das sich mit der Anzahl und dem Volumen der Abfallbehältnisse, mit einer Erhöhung der Leerungsintervalle und mit dem Design der Behälter beschäftigt.

Leider hat der Kampf der BmU gegen die Süderweiterung der undichten **Deponie Hubbelrath** gegen die übermächtige AWISTA bislang nicht viel erreichen können, denn alle anderen ducken sich weg. Wir werden aber auch weiterhin kritisch darauf schauen und uns für eine Sanierung der Deponie einsetzen.

Ein Herzensanliegen bleibt für uns der Erhalt und die Unterstützung des **Naturschutzzentrums Bruchhausen** und die damit verbundenen Ökologie- und Bildungsprojekte. Schließlich war eine Hauptursache für die Gründung der BmU im Jahr 1988 der Kampf gegen die Pläne zur Errichtung eines Gewerbegebietes in den Bruchhauser Feuchtwiesen. Daher kommt für die BmU auch keine Bebauung von Kleines Bruchhaus (westlich der Bergischen Allee) in Frage.

strategisch

Stadtentwicklung

Entwicklung findet Stadt. Mit diesem Motto ist die BmU 2014 angetreten. Nach der Wahl konnte dann auch das von der BmU seit 2008 geforderte **Stadtentwicklungskonzept** mit den Stimmen von CDU, SPD und BmU verabschiedet werden, das Erkrath auch noch für die 20er Jahre Handlungsoptionen aufzeigt.

Ohne dieses Konzept hätte sich Erkrath auch nicht erfolgreich für das **Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“** bewerben können. Erst dadurch hat Erkrath die Möglichkeit, Fördergelder zu erhalten, die der ganzen Stadt zu Gute kommen. So wird ein Großteil der Kosten für das „Forum“ daraus finanziert. An der Hildener Straße bekommen die Erkrather Tafel, das Sozialkaufhaus und die Langzeitarbeitsloseninitiative des SKFM, die Werkstatt, der TSV und das IKZ neue und zukunftssichere Räumlichkeiten für ihre sozialen Angebote.

Und auch die Sanierung und Aufwertung des Stadtweihers, Teile des Grundschulneubaus Sandheide und die Förderung des Wohnumfeldes in Sandheide werden stark durch die Städtebauförderung unterstützt. Erkrath muss selber nur einen kleinen Teil aufbringen.

Zur nachhaltigen Stadtentwicklung gehört auch, dass die bestehenden **städtischen Gebäude** entsprechend den heutigen Notwendigkeiten (Digitalisierung u.a.) und aus Gründen der Energieeinsparung bzw. des Klimaschutzes **saniert** werden.

Gerade bei den Schulen und Kitas zeigt sich ein sehr großer Nachholbedarf und so ist jetzt mitunter sogar ein Neubau mittelfristig sinnvoller, wie beim Gymnasium am Neandertal in Alt-Erkrath. Für den Neubau der Grundschule Sandheide hatte sich die BmU schon vor Jahren als erste Fraktion ausgesprochen, bezüglich der Angliederung der Förderschule hat sie aus pädagogischen Gründen aber Bedenken.

Dabei werden wir die anderen Schulen nicht aus dem Blick verlieren. Diese müssen genauso durch Sanierungen und Modernisierungen für die Zukunft fit gemacht werden.

Wir werden auch darauf achten, dass der Beschluss, die städtische Grundschule in Alt-Erkrath auf einem zentralen Standort zu errichten, so wie es der Rat 2014 beschlossen hatte, nicht in Vergessenheit gerät.

In den kommenden Jahren wird das Bürgerhaus saniert, ohne die von der BmU unterstützte Teilnahme am Energy-Award gäbe es keine Fördergelder dafür.

Den von Bürgermeister und CDU ins Gespräch gebrachten Neubau des Rathauses sieht die BmU aus finanziellen Gründen aktuell allerdings sehr kritisch.

Elementar für die nachhaltige Stadtentwicklung ist, dass die **Digitalisierung** vorgebracht wird und Erkrath Versäumtes nachholt. So hat die BmU vor Jahren mit nur wenig Erfolg die

Bereitstellung von **großflächigem freien WLAN** angeregt. Selber ist sie aber mit gutem Beispiel vorangegangen, indem einige Mitglieder sich am „Freifunk“ beteiligen. Den **Breitbandausbau (Glasfaser)** hat die BmU seit 2009 gefordert, aber erst 2017 wurde durch die Stadtwerke damit begonnen, nachdem einige Firmen die Stadt 2016 wegen der schlechten Versorgungssituation verlassen hatten. Die BmU fordert, dass Fördergelder beantragt werden, um die so genannten „weißen“ und „grauen“ Flecken im Stadtgebiet auch mit Glasfaser zu versorgen. Aktuell bleibt unverständlich, warum dies von einer politischen Mehrheit und der Stadtverwaltung abgelehnt wird. Selbst Unterbach hat längst ein Gigabit-Netz.

So gilt es auch unter Abwägung der Chancen und Bedenken auszuloten, welche Maßnahmen sinnvoll sind, um Erkrath zu einer „**Smart City**“ zu machen. Auch müssen alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Prozess mitgenommen werden.

Hier sehen wir auch eine wichtige Perspektive für die Stadtwerke Erkrath. Um als Stadt handlungsfähig zu sein, müssen diese auch im Besitz der Stadt verbleiben.

Ein mittlerweile über 50 jähriges Thema ist die **Fernwärme** in Hochdahl. Wie unter dem Punkt Klima- und Umweltschutz bereits dargelegt, muss das Fernwärmenetz nach einem Ausscheiden von innogy nachhaltig umgebaut werden und endlich eine transparente und faire Preisgestaltung etabliert werden. Die BmU fordert dies seit Jahrzehnten, wie man auf ihrer Homepage in einer ausführlichen Dokumentation sehen kann. Vor allem CDU und SPD haben versäumt, schon vor 10 Jahren dem Fernwärmebetreiber zu kündigen. Auch neue Technologien gehören für die Fernwärme geprüft: Gerade Hochdahl scheint auf dem Karbonatgestein des Devon die Voraussetzung für die Nutzung der Tiefengeothermie zu bieten. Auch die Wasserstofftechnik ist eine Option.

Die **Umgestaltung von Straßen** muss mit Augenmaß geschehen, damit Anlieger nicht über die Maßen zur Kasse gebeten werden. Bedauerlicherweise hat das Land keine entsprechende Reform des KAG (Kommunalen Abgabegesetzes) erarbeiten können. In anderen Bundesländern gibt es eine solche Regelung nicht, in NRW wird die Last den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet.

Zu den Problemen für Erkrath, welche das Land verursacht, gehört unzweifelhaft auch die **CO-Pipeline**, die mitten durch Erkrath führt. Durch sie soll das hochgiftige Kohlenmonoxid zwischen den Covestro-Kunststoff-Standorten Uerdingen und Dormagen gespeichert und geleitet werden, ein Leck hätte eine Katastrophe zur Folge. Dem dazu notwendigen Enteignungsgesetz hatten ursprünglich auch alle Fraktionen im Landtag zugestimmt. CDU, SPD und FDP haben sich bis heute verweigert, diesen Fehler zu korrigieren. Es ist zu befürchten, dass nach Nachbesserungen durch Covestro (ehemals Bayer) und die Bezirksregierung das Obergericht den Betriebsstopp aufhebt. Die BmU hatte sich von Anfang an dem Widerstand angeschlossen und z.B. in Erkrath Demonstrationen und Veranstaltungen mitorganisiert.

Zwar hat die Stadt keine direkte Einflussmöglichkeit auf die regionale Wirtschaft. Die BmU unterstützt aber alle Initiativen, um den regionalen Handel zu stützen. Aber hier ist auch die Bürgerschaft aufgefordert, sich zu den Läden vor Ort zu bekennen. Es kommt Erkrath zu Gute: Angebote, Arbeitsplätze und Steuern vor Ort.

Angesichts der durch die Corona-Pandemie ausgelösten Krise haben sich die Bedingungen radikal gewandelt. Die Umsetzung und Evaluation des bisherigen Stadtentwicklungskonzeptes reichen nicht mehr aus, wir brauchen gerade jetzt das **Stadtentwicklungskonzept Erkrath 2030**.

Erkraths Niedergang gilt es zu stoppen. Die BmU hat den Willen, diesen Trend durch ein neues Stadtentwicklungskonzept, das alle Bereiche der Nachhaltigkeit konsequent berücksichtigt, umzudrehen.

gerecht

Soziales und Bildung

(Schulen, Familienfreundlichkeit, Jugend, Senioren, Kultur, Sport, Integration, Ehrenamt...)

Gerade die Corona-Pandemie zeigt auf, wie wichtig ein soziales Miteinander ist. Nachbarn unterstützen sich gegenseitig, die Corona-Hilfe wird von Sozialträgern, Vereinen und Kirchen maßgeblich organisiert. Durch den beherzten Einsatz von einigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern konnte die Erkrather Tafel wieder einen Notbetrieb aufnehmen, der für die Bedürftigen eine sehr wichtige Unterstützung darstellt.

Erkrath hat tolle Menschen, die hier solidarisch mit anpacken.

Und es gibt so viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich in Vereinen und Kirchen einbringen, ohne die es viele Angebote z.B. zur Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit nicht gäbe.

Daher ist der BmU auch immer schon wichtig, das **Ehrenamt zu fördern**. Die Einführung der Ehrenamtskarte mit Rabattmöglichkeiten für Engagierte geht auf die BmU zurück. Es gilt zu prüfen, ob als Wertschätzung für die geleistete Arbeit nicht auch z.B. eine Fahrtkostenerstattung oder eine Unfallversicherung bezahlt werden kann. Oder man könnte die Vergabe von Restkarten aus dem städtischen Kulturprogramm auch auf diesen Personenkreis ausdehnen. Für sozial Schwache wird dies, auf eine Anregung der BmU hin, seit Jahren bereits unter dem Begriff „Kulturloge“ praktiziert.

Gerade im Bereich der Integration kann man sich nur für das große Engagement bedanken, das insbesondere der Freundeskreis für Flüchtlinge und Du-Ich-Wir einbringen. Da wird ganz pragmatisch geholfen, beraten und Sprachunterricht bzw. Nachhilfe gegeben. Und die städtische Verwaltung entlastet. Dem Beratungsbüro „Hand-in-Hand“ an den Hochdahl Arcaden, das allen Bürgerinnen und Bürgern Beratung anbietet, haben sich mittlerweile auch die Taschengeldbörse (organisiert von Jugendrat/Seniorenrat) und die Behindertenbeauftragte angegliedert, zudem wird dort auch eine „Nette Toilette“ angeboten.

Beispielhaft ist auch die Arbeit des Bürgerbus-Vereins, der mit seinen vielen ehrenamtlich Tätigen dafür sorgt, dass insbesondere Ältere und Eingeschränkte die Möglichkeit haben, aus den Randbereichen von Alt-Erkrath in die Ortsmitte zu kommen und am sozialen Leben teilzunehmen. Seit 14 Jahren ist dieser Verein aktiv. Am Anfang gegen massive Widerstände insbesondere der CDU.

Solche **Projekte unter dem Motto „Bürger für Bürger“** (selbstverständlich inklusive Bürgerinnen) sind es, die eine Stadt braucht und auch lebenswert macht.

Mit einer vernünftigen Finanzpolitik muss auch dafür gesorgt werden, dass Erkrath nicht in einen Zwangshaushalt stürzt, in dem viele unterstützenswerte Angebote für die Bürgerschaft massiv bedroht wären. Etwa Sportanlagen, Begegnungsstätten, Treffpunkte, Räumlichkeiten wie Stadthalle bzw. Bürgerhaus, Volkshochschule, Musikschule, Bibliotheken, Jugendcafes, Grünanlagen, Kulturangebote (wie Theater, erk@art) u.v.a.m..

Oder das unter dem Punkt Stadtentwicklung angesprochene Forum mit seinem Platz für soziale Angebote wie SKFM-Sozialkaufhaus und Arbeitslosenprojekt, Erkrather Tafel, Die Werkstatt, IKZ, TSV.

Außerdem muss auch auf die **Infrastruktur** geachtet werden. So muss noch an vielen Stellen die Absenkung der Bordsteinkanten mit taktilen Elementen (für Sehbehinderte) erfolgen, gerade auch für Menschen mit Kinderwagen, Rollator und Rollstuhl.

Neben der Unterstützung der **Schulen** u.a. durch die **Sanierung und Modernisierung der Gebäude** oder durch **Neubauten** kümmert sich die BmU aber auch ganz praktisch um deren Sorgen und Nöte. So hat sie das Eltern-Taxi-Problem vor einigen Schulen aufgegriffen und beginnend mit den Grundschulen Millrath und Falkenstraße dieses auf die Tagesordnung gebracht. Sie regt auch an, die Schulwegepläne dahingehend zu überprüfen und den Kinderstadtplan unter Mitwirkung des Kinderparlamentes zu überarbeiten.

Um auf die **Garantie von OGS-Plätzen** und auf andere Veränderungen vorbereitet zu sein, muss der Schulentwicklungsplan weitergeschrieben werden. Hier hat die BmU erwirkt, dass dieses Mal auch die **Qualität der OGS-Betreuung** in den Blick genommen wird.

Angesichts der Corona-Krise setzt sich die BmU intensiv dafür ein, dass die Schulen die notwendigen Mittel erhalten, damit das **digitale Lernen** umgesetzt werden kann. Es besteht die Gefahr, dass für die Schülerinnen und Schüler ein ganzes Schuljahr verloren geht, wenn der nur eingeschränkt mögliche Präsenzunterricht nicht durch ein qualifizierendes Lernen auf Distanz („Home-schooling“) begleitet wird. Der Digitalpakt muss deutlich schneller umgesetzt

werden. Die Schulen, die ihr Medienkonzept schon im Sommer 2019 eingereicht hatten, warten seitdem.

Die BmU setzt sich für die bestehenden Schulen in Erkrath ein. Diese leisten eine gute Arbeit, alle Schulabschlüsse können an ihnen erworben werden. Auch an der Hauptschule kann die Fachoberschulreife (Mittlere Reife) und die Qualifikation für die Gymnasiale Oberstufe erworben werden.

Für die Eltern, welche für ihr Kind die Gesamtschule bevorzugen, hat die BmU mit dafür gesorgt, dass die Stadt mit der Gesamtschule in Hilden die Vereinbarung getroffen hat, dass dort Plätze für Kinder aus Erkrath vorgehalten werden.

Die BmU hat das Ohr an den Wünschen der Elternschaft. Sie lehnt aber die so genannte Bedarfsabfrage bezüglich einer Gesamtschule ab, da sie für die Stadt verbindlich wäre. Würden sich von etwa 350 Eltern (der 3. Klässler) nur mindestens 100 für eine Gesamtschule aussprechen, so wäre die Stadt verpflichtet diese einzurichten. Eine Minderheit könnte über die Mehrheit bestimmen. Folge: mindestens zwei weiterführende Schulen, wenn nicht sogar vier, müssten dafür geschlossen werden. Ein nicht unwahrscheinliches Szenario wäre, dass die Gesamtschule in einem Ortsteil, das Gymnasium im anderen wäre. Die pädagogisch sehr gut arbeitende Hauptschule und mindestens eine Realschule sowie ein Gymnasium müssten dann laut Schulentwicklungsplan wohl geschlossen werden. Die Auswahl an Schulen würde drastisch sinken und die Schulwege würden insgesamt deutlich länger. Insgesamt wäre die Neugründung einer Gesamtschule auch laut Gutachter für die Stadt finanziell und organisatorisch aktuell nicht leistbar. Dass SPD und Grüne angesichts von Feuerwehrneubauten, Neubauten von vier Kitas, Neubau von Wohngebäuden für Geflüchtete, Programm Soziale Stadt (mit dem Neubau der Grundschule Sandheide) usw. hier noch ein Großprojekt anschieben wollen, zeigt fehlenden Realitätssinn.

Zu einer vernünftigen Entwicklung zu einer nachhaltigen und bildungs- sowie familienfreundlicheren Stadt gehört des Weiteren neben den **Angeboten der VHS, der Bibliotheken und der Musikschule** der von uns stets unterstützte weitere **Ausbau der Kinderbetreuung in Tagespflege, Kindertagesstätten und Offenen Ganztagschulen**. Vier Kita-Neubauten sind in Planung bzw. Realisierung, insbesondere in der Sandheide fehlen seit Jahren viele Plätze, dort wo der Kita-Besuch aus Gründen der Sprachentwicklung und Integration besonders wichtig ist. Der Anteil der 45-Stunden-Plätze (Ganztagesplätze) in den Kitas wird kontinuierlich ausgebaut. Die Beiträge sind sozial gestaffelt, Geschwisterkinder kostenfrei. Die Vergabe der Kita-Plätze erfolgt nach einer BmU-Initiative durch ein faireres Onlineverfahren. Auf Antrag der BmU wird auch die Betreuungsqualität mehr in den Blick genommen.

Dazu kommt die **Umsetzung des Spielplatzbedarfsplans**, in den auch Erkenntnisse aus einer BmU-Umfrage eingeflossen sind, so sollen u.a. mehr Leuchtturmprojekte, Angebote für U3-Kinder bzw. Jugendliche und Betätigungsmöglichkeiten für die Begleitpersonen berücksichtigt werden.

Alleine diese Projekte zeigen mehr als deutlich, dass dies nur durch eine nachhaltige Finanzpolitik zu erreichen ist.

Wir begrüßen, dass - maßgeblich unterstützt durch die Städtebauförderung - am Stadtweiher neben der Sanierung des Gewässers und dem Neubau eines Spielplatzes mit Leuchtturmcharakter auch ein Calinetics-Bewegungsparcours errichtet wird, der insbesondere Jugendliche ansprechen sollte. Bei weiteren Projekten wird sich die BmU dafür einsetzen, dass auch Bewegungsparcours für ältere Generationen angeboten und getestet werden.

Die **Jugendangebote** sollten nach unserer Ansicht bedarfsgerechter umgestaltet werden. Aufgrund der Ganztagschulen ist der Bedarf in der Woche geringer geworden, dafür sollte man Angebote am Wochenende deutlich ausbauen. Auch benötigen wir eine aufsuchende Sozialarbeit, um lärmende, alkoholkonsumierende Jugendliche konstruktiv anzusprechen. Zudem könnten viel mehr freie legale Graffitiflächen zur Verfügung gestellt werden. Wir sehen an vielen Stellen in der Stadt, dass Streetart -auch wenn es nicht jedem gefällt- immer noch attraktiver und nachhaltiger als eine graue Betonwand ist.

Einige Familien benötigen besondere Unterstützung. Daher unterstützt die BmU **präventive Programme** wie die Frühen Hilfen und Familienhebammen. Das Baby-Begrüßungspaket und das Projekt „Jedes-Kind-soll-schwimmen-lernen“ gehen auf Initiativen der BmU zurück.

Richtig war neben dem **Jugendrat** (ebenfalls eine BmU-Initiative) auch ein **Kinderparlament** zu gründen. Beide Gremien müssten nach Ansicht der BmU aber mehr an die Politik in den Ausschüssen und im Rat eingebunden werden.

Auch das **kulturelle Leben** in Erkrath ruht stark auf den Schultern vieler Ehrenamtlicher. Mehrere Künstlergruppen oder Musikveranstaltungen (u.v.a.m.) bereichern das Leben der Stadt. Das Heimat- und Eisenbahnmuseum Lokschuppen wächst erfreulicherweise immer weiter. Und auch die 5. Jahreszeit wird durch die Karnevalsvereine gelebt. Gerne hat auch die *BmU* hier regelmäßig einen Beitrag geleistet und sich mit einer Mottogruppe bzw. einem Mottowagen (als Rebellen gegen das innogy-Imperium, für solide Finanzen, zur undichten Deponie Hubbelrath, zum Wertstoffhof, zum Stadtentwicklungskonzept, zum Mülltonnenchaos u.a.) am Erkrather Karnevalsumzug beteiligt.

Genauso wäre das vielfältige Angebot der **Sportvereine** in den drei Stadtteilen ohne die vielen ehrenamtlichen Kräfte undenkbar. So ist Erkrath für die, die sich einbringen wollen und können, auch mehr als eine Schlafstadt. Wir unterstützen die Sportvereine, indem die Stadt die Arbeit finanziell unterstützt und Turnhallen, das Neanderbad und Sportplätze zur Verfügung stellt. Um den Bedarf besser einschätzen zu können, halten wir einen Entwicklungsplan für notwendig.

Damit das Sportangebot auch weiterhin Räume und Plätze hat, wurde in den letzten Jahren und wird aus Sicht der *BmU* auch in den nächsten Jahren einiges in die **Sanierung von Sporthallen und -plätze** investiert.

Die BmU ist in der Vergangenheit dafür eingetreten, das **Ordnungsamt** zu verstärken. Es ist wichtig, dass Verordnungen und Regeln auch eingehalten werden bzw. dieses auch kontrolliert wird. Allerdings hat gerade die Zeit der Corona-Krise gezeigt, dass hier oftmals

mehr Augenmaß und Fingerspitzengefühl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern notwendig und von der Verwaltungsspitze einzufordern wäre.

Wesentlich für eine soziale Stadt ist zudem, dass ihre Bewohner durch Gebühren und Mieten nicht übermäßig belastet werden.

Um das **Wohnen bezahlbar** zu machen, müssen bei der Planung am Wimmersberg aus Sicht der BmU mindestens 35- 40% sozial-geförderter bzw. preis-geminderter Wohnraum geschaffen werden. Auch die Fläche Erkrath Nord (östlich der weiterführenden Schulen) muss in diesem Sinne in Angriff genommen werden.

Die Entwicklung der Demografie weist in Erkrath in eine Richtung: Wir werden weniger und älter. Ziel muss sein, dass für **Senioren und auf Hilfe angewiesene Menschen** ein erfülltes Leben in ihrer gewohnten Wohnumgebung möglich bleibt. Hierauf müssen Politik, aber auch Handel, Ehrenamtliche, Nachbarn, Vereine, Kirchen usw. entsprechend reagieren.

Hierzu hat das bisherige Stadtentwicklungskonzept schon einige Punkte aufgezeigt, u.a. Projekte zum seniorenrechteten Wohnen bzw. Mehrgenerationenwohnprojekte, dieses gilt es weiterzuentwickeln. Projekte wie die Dependance Schmiedestraße (sobald das Gebäude nicht mehr als Ausweichquartier für die Grundschule Sandheide benötigt wird) mit seniorenrechteten Wohnungen begrüßen wir, da dadurch der Generationenwechsel in anderen Vierteln gefördert wird. Beratungsangebote für einen barrierefreien Umbau der eigenen Wohnung oder das Mehrgenerationen-Wohnen müssen gefördert werden.

Wir sprechen aber nicht nur von neuen Sitzbänken, ausreichend beleuchteten Wegen und der Absenkung der Bürgersteige. Wir wollen, dass die nötige Infrastruktur, wie Treffpunkte, Einrichtungen, ÖPNV, Nahversorgungsstruktur, Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote, erhalten bleibt und unter Einbeziehung des Seniorenrates ergänzt wird.

Die Digitalisierung zu einer „Smart City“ z.B. mit Selbstbedienungsterminals könnte sogar den Lösungsansatz für das schon lange angedachte Bürgerbüro in Unterfeldhaus liefern.

Die Taschengeldbörse, eine Initiative aus Jugendrat und Seniorenrat, zeigt, wie gut die Generationen zusammenarbeiten können. Für ein Taschengeld helfen Jugendliche Seniorinnen und Senioren in Haus, Garten und beim Einkauf. So werden viele Seniorinnen und Senioren in ihrer Selbstständigkeit unterstützt.

Und auch die allerletzte Phase des Lebens ist zu berücksichtigen. So sind durch Fehlplanungen in der Vergangenheit die städtischen Friedhofsgebühren in Erkrath ein Ärgernis.

Die BmU begrüßt den Beitritt der Stadt zur „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“. Das Franziskus-Hospiz war eines der ersten Hospize in Deutschland, gegründet und bis heute getragen von vielen engagierten Mitgliedern der evangelischen und katholischen Gemeinde in Hochdahl.

Erkrath lebt an vielen Stellen vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger, das weiterhin unterstützt und gefördert werden muss.

Schlusswort

Vor 10 Jahren begann die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes mit Blick auf das Jahr 2020. Die BmU gab den Impuls dazu. Im Jahr 2020 sind wir nun angekommen.

Die Bedingungen haben sich radikal gewandelt. Wir haben den Gestaltungswillen, Erkraths Niedergang nicht nur zu stoppen, sondern den Trend umzukehren:

Wir brauchen das Stadtentwicklungskonzept Erkrath 2030.

Unser Programm skizziert Ideen dazu – aber es muss offen bleiben. Offen für die Ideen aller Bürgerinnen und Bürger – *sowiedu*.

Denn so wie bisher können wir nicht weitermachen.

Wir dürfen eine zunehmende Verschuldung (Verbrauch des Eigenkapitals), eine zunehmende Umweltzerstörung und eine zunehmende Polarisierung in Gesellschaft und Politik nicht zulassen.

Die BmU arbeitet konstruktiv an einem lebens- und liebenswerten Erkrath. Sie hat schon in der Vergangenheit immer wieder bewiesen, dass sie pragmatisch und kompromissbereit ist und unsachliche populistische Tendenzen nicht unterstützt.

Auch weiterhin wird sich die BmU für eine sachliche nachhaltige Politik für unsere Stadt einsetzen.

Dafür bitten wir um Ihre Stimme, um Ihre Anregungen und Ihr Mittun.

Ihre Anregungen – an: bmu@bmu-erkath.de oder BmU, Bergstraße 13, Erkrath

Und Ihr Mitmachen:

Wie viel Zeit Sie auch haben, jeder Beitrag ist immer willkommen. Sie können auch kurzzeitig an einem Projekt, das Ihnen besonders am Herzen liegt, mit uns zusammenarbeiten. Sie liefern Ihr Engagement und Ihr Spezialwissen, wir navigieren gemeinsam durch den politischen und rechtlichen Dschungel.

Mehr Informationen zur Arbeit und den Grundsätzen der BmU finden Sie unter

www.bmu-erkath.de

- Berichte aus dem Rat und den Ausschüssen
- Rechenschaftsberichte über die Arbeit der Fraktion und des Vereins
- Haushaltsreden
- Kassenberichte der BmU e.V. (unsere Finanzierung ist transparent)
- Ein Symbol gegen Rassismus und Nationalismus: der Korbinian-Apfelbaum für Erkrather Schulen
- Wichtige Themen humorvoll umgesetzt– die BmU im Erkrather Karneval: z.B. die BmU-Rebellen gegen das innogy-Imperium

